



## Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I



### KONTAKT


 **Bundestagsbüro Berlin**  
**Nezahat Baradari, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
[nezahat.baradari@bundestag.de](mailto:nezahat.baradari@bundestag.de)  
030 / 22 77 12 60

 **Wahlkreisbüros**

Willy-Brandt-Haus  
Breitenfeld 1B  
58507 Lüdenscheid  
[nezahat.baradari.wk02@bundestag.de](mailto:nezahat.baradari.wk02@bundestag.de)  
027 22 / 6 57 68 84

Niederste Straße 15  
57439 Attendorn  
[nezahat.baradari.wk@bundestag.de](mailto:nezahat.baradari.wk@bundestag.de)  
027 22 / 6 57 68 84

 [www.nezahat-baradari.de/](http://www.nezahat-baradari.de/)

 <https://www.facebook.com/Baradari2023/>

 <https://www.instagram.com/nezahatbaradari/>

# Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD!

**F**ür mich war es das innenpolitische Top-Thema des Monats: Am 23.02.2024 hat der Bundestag das Cannabisgesetz verabschiedet. Mit der ursprünglich im Koalitionsvertrag vereinbarten Regelung einer kontrollierten Abgabe durch lizenzierte Fachgeschäfte hat das nichts mehr zu tun. Leider wurde das Gesetz mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist der private Anbau der einfachste Zugang zu legalem Cannabis. Ich sehe eine vollständige und weitgehend unkontrollierte Legalisierung, die ich in der beschlossenen Form aus Sicht des Gesundheits- und Jugendschutzes für unverantwortlich halte. Außerdem sehe ich mit großer Sorge, dass es derzeit keinen Grenzwert für Cannabis im Blut für die Teilnahme am Straßenverkehr gibt. Bis die Endergebnisse der Evaluation des gesamten Gesetzes in eineinhalb Jahren auf dem Tisch liegen, kann ich nur hoffen, dass es durch Aufklärung und Prävention nicht mehr Konsumenten gibt. Ich appelliere daher an Eltern, Schulen und alle Gesundheitsberufe, sich der Gefahren von Cannabis bewusst zu sein und insbesondere Kinder und Jugendliche davor zu schützen. Ich habe dem Gesetzentwurf weder im Gesundheitsausschuss noch im Bundestag zugestimmt. Ich werde mich als Abgeordnete, als Vizepräsidentin des Deutschen Kinderschutzverbandes und als Mutter weiterhin dafür einsetzen, dass diese Gruppen auf der Tagesordnung bleiben ([hierzu mehr auf Seite 4](#)).

Außenpolitische Konfliktlagen bestimmen den politischen Diskurs bis in die Innenpolitik hinein. Hier gewinnt eine alte Konstante der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik wieder deutlich an Aktualität. In dieser Tradition sehe ich auch die in jüngster Zeit verstärkt und kontrovers geführte Debatte über eigene [EU-eigene Atombomben](#). Auch vor dem Hintergrund, dass der nukleare Schutz durch die USA angesichts der jüngsten Äußerungen Donald Trumps zur NATO brüchig erscheint. Die [Westintegration Deutschlands](#) hatte immer einen atlantischen und einen europäischen Flügel, bis heute: die enge Partnerschaft mit den USA



und die Vision eines „europäischen Europa“. Wenn die Westintegration immer auch als Einhegung Deutschlands gedacht war, dann waren diese Differenzen eingefriedet, solange die nationale Kapitalverwertung im internationalen Maßstab „genug“ für alle abwarf. Das hat sich geändert, seit den USA und Europa mit China ein Konkurrent im Weltmaßstab erwachsen ist und Europa und die USA sich zunehmend auch als Konkurrenten um die globalen Absatzmärkte begreifen. Die Westbindung war nie ausschließlich Freundschaft, sie beruhte immer auch auf unterschiedlichen nationalen Interessen. Jedenfalls wird es kein Entweder-Oder geben, sondern nur ein Sowohl-als-auch.

Bundeskanzler Scholz hat die Lieferung von Taurus-Raketen an die Ukraine [abgelehnt](#) und dies mit der Gefahr einer deutschen Kriegsbeteiligung begründet. Ich stehe voll und ganz hinter unserem Bundeskanzler. Im Übrigen bin ich davon überzeugt, dass „Taurus“ ebenso wenig ein „game changer“ sein wird wie die seinerzeit lautstark geforderten und schließlich gelieferten deutschen Kampfpanzer Leopard 2, deren Einsatz leider nicht die erhoffte Wirkung hatte. Wir müssen wegkommen von der symbolischen Scheindebatte um einzelne Waffensysteme. Wir liefern in ganz erheblichem Umfang das, was die Ukraine braucht, um sich gegen die russische Aggression zu verteidigen und brauchen uns [angesichts der Zahlen](#) auch vor unseren Verbündeten nicht zu verstecken. Ich befürchte durch eine weitere Eskalation des Konflikts nur noch mehr Leid ohne Aussicht auf Besserung. Die Kriegsrhetorik mancher Beobachter aus den Reihen unserer Koalitionspartner, etwa von Marie-Agnes Strack Zimmermann (FDP) und Katrin Göring-Eckardt oder Anton Hofreiter (Grüne), aber auch die parteipolitischen Spielchen der Union auf dem Rücken der Ukraine finde ich erschreckend. Es gibt keine Alternative zur Diplomatie. Das gilt auch für die vom französischen Präsidenten Macron ins Spiel gebrachte Entsendung westlicher Bodentruppen in die Ukraine, Bundeskanzler Scholz hat [diese Überlegungen zu Recht entschieden zurückgewiesen](#) – in diesen Tagen sind Besonnenheit und sorgfältiges Abwägen gefragt und keine aktionistische Forderungsspirale.

Erst vor wenigen Tagen kam es in Gaza bei der Lieferung von Hilfsgütern zu einem Massaker durch das israelische Militär mit vielen Toten und Verletzten unter der palästinensischen Bevölkerung. Auch wenn die

Ereignisse von beiden Seiten unterschiedlich dargestellt werden: Hilfsorganisationen berichten seit Monaten von akutem Hunger und massiver Verzweiflung unter der Zivilbevölkerung in Gaza, vor allem in den nördlichen Gebieten.

Der Hunger ist eine Folge des anhaltenden Krieges und der Blockade des Gazastreifens. Nach Angaben der UNO liegt die Zahl der Lastwagen, die von der israelischen Armee in den Gazastreifen gelassen werden, weit unter dem Bedarf. Das Risiko, an Hunger zu sterben, steigt nach UN-Angaben vor allem für Babys und Kleinkinder stark an.

Ich teile die [Meinung des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell](#) und bin entsetzt über die Nachricht von einem weiteren Blutbad unter der Zivilbevölkerung in Gaza, die verzweifelt auf humanitäre Hilfe wartet. Ich trete weiterhin für einen sofortigen Waffenstillstand, für die Freilassung aller israelischen und palästinensischen Geiseln sowie für die Zweistaatenlösung in den Grenzen von 1967 ein.

Ich erhalte viele Zuschriften zum Lieferkettengesetz, das leider [von Minister Marco Buschmann blockiert wurde](#).

Es gab keine Mehrheit für das Lieferkettengesetz, weil Deutschland und Frankreich in der EU wieder einmal unentschieden abgestimmt haben. Man sieht die schwierige politische Situation, in der sich die Bundesregierung bzw. die Koalition derzeit befindet. Die Union scharrt mit den Hufen, um Merz zum neuen Kanzler zu machen, und FDP und Grüne stimmen teilweise mit ein. Die Situation ist sehr prekär.

Auch die Wirtschaft fordert, die [Blockadehaltung der vermeintlich wirtschaftsnahen Union im Bundesrat zu beenden](#), damit das Wachstumschancengesetz endlich auf den Weg gebracht werden kann und unser Land seine wirtschaftliche Spitzenposition in der EU und seinen dritten Platz in der Welt behaupten kann.

Neben der „großen Politik“ standen für mich wieder zahlreiche Termine im Wahlkreis auf dem Programm. Diese nehmen wie immer den größten Teil meines Newsletters ein. Lest selbst! Besonders hinweisen möchte ich darauf, dass die Demonstrationen gegen AfD und Rechtsextremisten auch im südlichen Märkischen Kreis und im Kreis Olpe nicht abreißen.



Am Sonntag, 3. März, findet um 15 Uhr auf dem Alten Markt in der Attendorner Innenstadt eine Kundgebung unter dem Motto „Nie wieder Götzendämmerung – Attendorf für Demokratie, Toleranz und Humanismus“ statt. Ich würde mich freuen, Euch dort zu sehen.

Mit solidarischen Grüßen  
Eure

Nezahat



## INHALT

- Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD! ..... 1
- Cannabisgesetz verabschiedet ..... 4
- Geplante Kunststoffsteuer bereitet Sorgen..... 7
- „Kattfiller“ ..... 8
- Freundeskreis – Lobby für Obdachlose in Lüdenscheid..... 9
- Große Herausforderungen durch Fachkräftemangel..... 10
- Einigkeit mit Vertretern der Landwirtschaft..... 11
- Ernüchternde Zahlen: Kinderarmut in Deutschland..... 12
- Stärkung der Regionen und Abbau von Ungleichheiten..... 13
- Leben und lachen, sterben und trauern..... 14
- KfW unterstützt unsere Region tatkräftig..... 15
- Kinder und Jugendliche in Krisenzeiten stärken..... 16
- Primusschule zu Besuch im Deutschen Bundestag ..... 17
- Für den Bundestag in Marokko ..... 18
- Brauer-Bund im Bundestag..... 19
- Interview ..... 20



# Cannabisgesetz verabschiedet

TOP-THEMA

**A**m 23.02.2024 hat der Bundestag das Cannabisgesetz verabschiedet. Im Koalitionsvertrag hatten wir vereinbart, eine kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften einzuführen.

Dies war aus Gründen des EU-Rechts nicht möglich. Was wir erreicht haben, ist ein Kompromiss zwischen dem Ziel der Legalisierung und Entkriminalisierung sowie dem EU-Recht. Ein Kompromiss, der einerseits über das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel hinausgeht – so ist nun der private Anbau der einfachste Zugang zu legalem Cannabis – und andererseits dahinter zurückbleibt, insbesondere was die Entlastung der Strafverfolgungsbehörden angeht.

Die Innenminister – auch der SPD-geführten Länder – haben zu Recht darauf hingewiesen, dass dies keineswegs die angestrebte Entlastung der Strafverfolgungsbehörden und Gerichte bedeutet, sondern eher eine Mehrbelastung.

Aus meiner Sicht ist das ein schlechter Kompromiss. Bei der Cannabisgesetzgebung müssen verschiedene Aspekte berücksichtigt werden. Auf der einen Seite steht die verständliche Forderung nach Entkriminalisierung von Cannabis, da Konsumenten auch bei einmaligem Konsum in die Kriminalität bzw. in eine Abwärtsspirale abrutschen können.

Auf der anderen Seite steht die vollständige und weitgehend unkontrollierte Legalisierung, die ich in der jetzt beschlossenen Form aus Sicht des Gesundheits- und Jugendschutzes für unverantwortlich halte. Insbesondere die Legalisierung ab 18 Jahren sehe ich sehr kritisch. Zu den Volljährigen gehört auch die [besonders gefährdete Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen](#).

Bei Kindern und jungen Erwachsenen kann Cannabiskonsum, wie verschiedene Studien belegen, die Entwicklung des Gehirns nachhaltig schädigen und bei anfälligen Personen unter anderem zum Ausbruch von Psychosen und Schizophrenie beitragen. Darü-



Symbolbild: AdobeStock\_256260618

ber hinaus enthält das Gesetz eine Vielzahl weiterer Maßnahmen, deren Umsetzung ich für problematisch halte. So soll der Konsum an öffentlichen Plätzen zwischen 20 und 7 Uhr erlaubt sein, solange eine Abstandsregelung von nur 100 Metern zu Kindergärten, Schulen und Jugendeinrichtungen eingehalten wird – ursprünglich waren sogar 200 Meter vorgesehen. Das geht an der Realität vorbei. Zudem ist die Menge des Eigenanbaus in Privatwohnungen überhaupt nicht kontrollierbar, ebenso wenig wie der Zugang von Minderjährigen zu den Cannabispflanzen in der eigenen Wohnung.

Statt den Genusskonsum einzuschränken, hat die Überarbeitung des ersten Gesetzentwurfs nach der Verbändeanhörung paradoxerweise die Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken bzw. den Zugang zu und den Kontakt mit der Droge insgesamt sogar deutlich erleichtert, ohne dass dies auf absehbare Zeit durch verstärkte Präventionsbemühungen oder eine Erleichterung der Polizeiarbeit hinreichend kompensiert werden kann. Auch die jetzt im Haushalt beschlossenen 6 Millionen Euro für Präventionsarbeit bzw. Drogenprävention für Kinder und Jugendliche sind unzureichend. Es handelt hierbei sich um nicht mal einen Euro pro Kind. Ein fertiges Konzept zur kinderspezifischen Suchtprävention liegt derzeit nicht vor, ein konkreter Zeitraum, in dem es vorliegen wird, konnte mir – auch auf konkrete Nachfrage – nicht genannt werden.



Das Gesetz wurde im parlamentarischen Verfahren vor allem von den Grünen und der FPD mit enormer Kraft vorangetrieben. Immerhin konnte die SPD-Fraktion noch strengere Auflagen und höhere Strafen (z.B. einen höheren Strafrahmen bei Freiheitsstrafen von mindestens zwei Jahren) für die verbotene Abgabe von Cannabis an Minderjährige durchsetzen und so genannte „Edibles“, z.B. Haschischkekse, aus dem Gesetzentwurf herausverhandeln, mit denen sich insbesondere Kinder sehr leicht hätten vergiften können.

Ein weiterer Kritikpunkt meinerseits ist, dass es derzeit keinen Grenzwert für Cannabis im Blut für die Teilnahme am Straßenverkehr gibt. Diese sollen bis zum 31. März erarbeitet werden. Ich finde es problematisch, ein Gesetz zu verabschieden und den Konsum voraussichtlich ab dem 1. April zu legalisieren, ohne dass vorher verbindliche und wissenschaftlich evaluierte Grenzwerte vorliegen. Auch das ist in meinen Augen unverantwortlich und mehr als grob fahrlässig!

Zur Wahrheit gehört auch, dass die Droge Cannabis längst Einzug in den Alltag auch vieler junger Menschen gehalten hat. Gerade deshalb brauchen wir hier mehr Investitionen in Aufklärung und Prävention, Schulsozialarbeit, Psychologen, Stärkung der aufsuchenden Jugendhilfe bis hin zu Frühen Hilfen und Familienhebammen. Die Studienlage, dass der Cannabiskonsum nach einer Legalisierung zurückgehen würde, ist zudem sehr dünn. Sie führt allenfalls zu einer gewissen Eindämmung des organisierten Schwarzmarktes, keinesfalls aber zu einem signifikanten Rückgang des Konsums bei Kindern und Jugendlichen und bei den unter 25-Jährigen.

Sie brauchen eine Entgiftungstherapie und nicht weiterhin die ab 18 Jahren legalisierte „bessere bzw. hochgereinigte“ Droge Cannabis aus Cannabis-Clubs oder Eigenanbau.

Zur Klarstellung: Es geht hier nicht um Cannabis als Medikament für Patientinnen und Patienten, sondern um den Cannabis, das ohne medizinische Indikation zu Genusszwecken konsumiert werden soll!

Trotz all meiner Bemühungen als Kinder- und Jugendärztin im Gesundheitsausschuss und als Vizepräsidentin des Deutschen Kinderschutzbundes wurden meine Warnungen und mein persönlicher Einsatz für eine Verbesserung des Gesetzes nicht berück-

sichtigt. Mehrere Gespräche meinerseits in der AG Gesundheit der Fraktion, im erweiterten Fraktionsvorstand, in der Landesgruppe, in den verschiedenen Strömungen und auch in der großen Fraktion sowie ein persönliches Gespräch mit unserem Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach haben nicht zu einem Umdenken oder einem anderen Kompromiss geführt.

Auch bei diesem Gesetz wurden die Kinder nicht ausreichend berücksichtigt, was mich als Abgeordnete, Gesundheitspolitikerin und vor allem als Mutter sehr schmerzt.

Deshalb konnte ich dem Gesetz in der nun verabschiedeten Form weder im Gesundheitsausschuss noch in der Schlussabstimmung im Bundestag zustimmen.

[Bedauerlicherweise wurde das Gesetz mit großer Mehrheit verabschiedet.](#) Im März wird sich der Bundesrat noch mit dem Gesetz befassen.

Nicht zuletzt durch eine groß angelegte Social-Media-Kampagne pro Cannabis und medialen Druck wurde im Vorfeld ein Narrativ erzeugt, wonach die Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken dem Kinder- und Jugendschutz dienen würde. Eine mehr als paradoxe Aussage ohne ausreichendes Schutzkonzept und flächendeckende Therapieangebote. Die Kliniken sind voll mit Drogenkonsumenten und deren psychischen Erkrankungen und es fehlt nach wie vor an ambulanten und stationären Therapieplätzen.

Bis zur Legalisierung der Cannabis-Clubs voraussichtlich ab dem 1. Juli 2024 und dem Aufbau flächendeckender Strukturen ist es noch ein langer Weg und die Cannabis-Lobby macht hier weiterhin sehr viel Druck.

Ich bin gespannt auf die weitere Entwicklung und die Ergebnisse der Evaluation, die in eineinhalb Jahren vorliegen werden. Bis dahin kann ich nur hoffen, dass es durch Aufklärung und Prävention nicht mehr Konsumenten gibt. Ich appelliere daher an Eltern, Schulen und alle Gesundheitsberufe, sich der Gefahren von Cannabis bewusst zu sein und insbesondere Kinder und Jugendliche davor zu schützen. Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass diese Gruppen in der Debatte weiter vorkommen.



In Lennestadt mit: Lea Schneider (JUSO-Vorsitzende Kreis Olpe), Sebastian Menn (Co-Vorsitzender SPD Kreis Olpe), Christin-Marie Stamm (MdL) und Jasmin Bergmann (SPD OV Attendorf); v. l. n. r.

In Halver BM Michael Brosch und SPD-OV-Vorsitzender Ralf Jürgensmeyer

Rechts: In Kierspe Zivilgesellschaft und BM Olaf Stelse



# Geplante Kunststoffsteuer bereitet Sorgen

**Z**u einem Gespräch insbesondere über die geplante Kunststoffsteuer traf ich mich in Halver mit der Firma Karl Lüsebrink Kunststoffverarbeitung GmbH in Halver-Oberbrügge. Ein Unternehmen mit langer Geschichte: 1927 in Meinerzhagen gegründet, wird es noch heute von der Familie des Gründers geführt. Der Standort Halver besteht seit über 70 Jahren, seit 60 Jahren liegt die Kompetenz ganz im Bereich „Kunststoff“.

Spannend war für mich beim Rundgang durch das moderne Werk auch zu erfahren, dass sich bei dem Halveraner Unternehmen auch in Sachen Nachhaltigkeit viel bewegt: Dünnere, leichtere Verpackungen sorgen für weniger Materialverbrauch und durch das geringere Gewicht auch für weniger Emissionen beim Transport. Hinzu kommt die stetige Verbesserung der Recyclingfähigkeit der Produkte.

Sorgen bereitet dem Unternehmen an der Poststraße allerdings die geplante Kunststoffsteuer. Diese Abgabe in Höhe von 80 Cent pro Kilo nicht recycelter Kunststoffverpackungen soll von den Mitgliedsstaaten an die EU abgeführt werden. Sie kann entweder aus dem regulären Haushalt finanziert oder über eine Abgabe auf die Kunststoffhersteller umgelegt werden. In vielen EU-Staaten – so bisher auch in Deutschland – erfolgt die Finanzierung ganz oder teilweise aus dem normalen Haushalt. Dies soll sich nun ändern und eine Plastiksteuer für die Hersteller eingeführt werden. „Diese Kosten können wir als Unternehmen nur an unsere Kunden weitergeben“, so die Sorge in Halver. Größtes Abnehmerland für Lüsebrink sind die Niederlande – Preiserhöhungen könnten dort zu Wettbewerbsverzerrungen gegenüber der Konkurrenz aus dem EU-Ausland führen.

Mir wurde erklärt, dass die Verpackungen aus PET-Kunststoff, wie sie Lüsebrink hauptsächlich produziert, unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten gut abschneiden im Vergleich zu schwerer recycelbaren



Verbundverpackungen. Auch deshalb bin ich auf die konkrete Ausgestaltung einer Plastiksteuer und auf die EU-Richtlinie sehr gespannt. Ich finde: Wir müssen unsere kleinen und mittleren Unternehmen stärker unterstützen. Denn sie stehen in einem ganz anderen Wettbewerb als die großen Konzerne. Das ist ein Punkt, der unbedingt berücksichtigt werden sollte und den ich an meinen Berichterstatteerkollegen im Deutschen Bundestag und an unsere Europaabgeordnete Birgit Sippel weitergegeben habe. Ich bin auf den weiteren Prozess gespannt.

# „Kattfiller“



Die Karnevalstage sind immer ganz besondere Tage für unsere schöne Hansestadt Attendorn! Ich habe mich gefreut, mit euch gemeinsam die fünfte Jahreszeit zu feiern und das närrische Treiben zu genießen. Als eure Bundestagsabgeordnete bin ich stolz auf unsere lebendige und vielfältige Karnevalskultur, die wir von Generation zu Generation weitergeben.

Besonders beeindruckt war ich vom Veilchendiens-tagszug, der jedes Jahr ein Highlight ist. Mit rund 2.000 Zugteilnehmern war er es der größte Karnevalszug in Südwestfalen. Die Karnevalsgesellschaft Attendorn

hatte wieder tolle Ideen und Kostüme für den Umzug. Ich war natürlich auch dabei und habe euch kräftig zugejubelt.

Ich hoffe, ihr hattet alle fröhliche und bunte Karnevalstage. Wir haben gemeinsam Spaß gehabt und für einige Stunden die Sorgen des Alltags vergessen dürfen. Und wir haben nicht vergessen, laut und deutlich „Kattfiller“ zu rufen!

**Wer weiß, woher der Spruch „Dreifach Kattfiller“ kommt? Für die erste richtige Antwort per E-Mail an [nezahat.baradari.wk@bundestag.de](mailto:nezahat.baradari.wk@bundestag.de) gibt es zwei Kinokarten.**



Auch hier begleitet mich mein Mann Ramin.



OV-Vorsitzender Ernst Braun mit Ehefrau Margit aus Kirchhundem.

# Freundeskreis – Lobby für Obdachlose in Lüdenscheid

**E**ine entspannte, lockere und wertschätzende Atmosphäre erlebte ich bei meinem Besuch im Bistro des Freundeskreises für Obdachlose in Lüdenscheid. „Menschen ohne festen Wohnsitz haben ein Recht darauf, geachtet und respektiert zu werden.“ Das ist ein zentrales Anliegen des Obdachlosen-Freundeskreises in Lüdenscheid, der seit nunmehr 30 Jahren besteht. Die zehn Ehrenamtlichen verstehen sich als Lobby für diese Bürgerinnen und Bürger.

Das Bistro, das jeden Montagabend im Gemeindezentrum der Erlöserkirche stattfindet, ist nur eines von vielen Angeboten des Freundeskreises. Es dient unter anderem dazu, den direkten Kontakt zu den Betroffenen zu halten und einfach für sie da zu sein.

Hier können die Frauen und Männer zum Beispiel Karten oder Tischfußball spielen, Kaffee trinken, etwas essen und vor allem in offener Atmosphäre über alle möglichen Themen reden. Auch Nichtbetroffene sind immer willkommen und können spontan dazu stoßen. Auch ich bin dieser Einladung gerne gefolgt, um mit Betroffenen und Ehrenamtlichen ins Gespräch zu kommen. Beeindruckt hat mich nicht nur das große Engagement der Ehrenamtlichen, sondern auch die rundum nette und herzliche Atmosphäre des Treffens. Der Austausch vor Ort hat auch gezeigt, dass wir im Bereich der Sozialleistungen für wohnungslose Menschen eine deutliche Entbürokratisierung und



einfachere Antragsverfahren brauchen. Viele der Besucher des Bistros in Lüdenscheid wussten nichts oder nur wenig über ihre sozialen Rechte, wie zum Beispiel den Anspruch auf Wohngeld Plus – und gerade sie könnten diese soziale Unterstützung gut gebrauchen. Ich habe ihnen den Kontakt mit der Stadtverwaltung Lüdenscheid empfohlen.

Unterstützt werden die Ehrenamtlichen des Freundeskreises für Obdachlose von der Erlöserkirche Lüdenscheid, die auch das Gemeindezentrum für die Treffen zur Verfügung stellt, vor allem aber durch Spenden. Natürlich ließ ich es mir nicht nehmen, ein Sauerländer Flachgeschenk zu überreichen.

Mehr Informationen darüber, wie man spenden kann, gibt es auf der Internetseite der [Ev. Kirchengemeinde Oberrahmede](#).

# Große Herausforderungen durch Fachkräftemangel

**W**ieder einmal durfte ich der Lebenshilfe in Lüdenscheid einen Besuch abstatten. Vorstandsmitglied Jörg Bachmann empfing mich zu einem freundlichen Austausch.

Der Fachkräftemangel, die gesprengte Rahmedetalbrücke, die gesperrte Brücke in Nachrodt-Wiebingwerde, die überbordende Bürokratie und die schwierigen Zugangsvoraussetzungen für Heilerziehungspfleger waren einige der Themen, die wir besprochen haben. Denn der Fachkräftemangel stellt auch die Lebenshilfe Lüdenscheid mit ihrem umfangreichen Angebot für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen und in besonderen Lebenslagen sowie deren Familien vor große Herausforderungen.

„Der Bedarf an Fachkräften gerade im Bereich für Menschen mit Behinderung ist groß“, berichtete mir Jörg Bachmann. Deshalb gebe es auch bei der Lebenshilfe manchmal Hemmungen, neue Projekte zu starten – denn um hier Planungssicherheit zu haben, bräuhete es mehr gut ausgebildetes Personal. Durch eine weitgehende Digitalisierung könne die Verwaltung der Lebenshilfe weniger personalintensiv arbeiten, aber für die Arbeit mit den Menschen braucht es entsprechende Fachkräfte. Ich bin der festen Überzeugung, dass auch hier kein Weg an der Arbeitsmigration nach Deutschland vorbeiführt.

Jörg Bachmann berichtete auch, dass der Bereich der schulischen Integration stark gewachsen sei. Mittlerweile begleitet die Lebenshilfe 170 Kinder sowohl in Regel- als auch in Förderschulen. Häufig sei hier auch eine Eins-zu-eins-Betreuung notwendig. Auch im Bereich der Frühförderung fehlen interdisziplinär Logopädinnen und Logopäden sowie Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten.

Angesichts dieser Schwierigkeiten bei der Personalsuche kritisierte Jörg Bachmann die schwierigen Zugangsvoraussetzungen für Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger. Jugendliche mit Hauptschulabschluss müssen zunächst eine zweijährige Ausbildung zum Sozialassistenten absolvieren, bevor sie die dreijährige Ausbildung zum Heilerziehungspfleger beginnen können. Eine fünfjährige Ausbildung schreckt natürlich viele Interessenten bzw. Jugendliche ab. Hier stellte sich die Frage, ob für den Bereich der Eingliederungshilfe nicht ähnliche Regelungen wie in der Pflege getroffen werden könnten.

Ähnliches gilt für die Praxisanleiter/innen: In der Eingliederungshilfe ist im Gegensatz zur Pflege nicht geregelt, dass diese im Tarifvertrag enthalten sind, so dass es einen bunten Teppich unterschiedlicher Ausbildungsvergütungen gibt. „Das wäre für die Lebenshilfe wünschenswert, um als Ausbildungsbetrieb attraktiv zu sein“, so Bachmann weiter. Ich habe diese Fragen an meine Bundestagskollegen mit der entsprechenden Berichterstattung weitergegeben und bleibe mit der Lebenshilfe diesbezüglich im Gespräch.



# Einigkeit mit Vertretern der Landwirtschaft

Die Diskussion beim Besuch des Kreisverbandes MK des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes (WLV) in Lüdenscheid drehte sich um den zentralen Satz: „Wir brauchen den Schutz der Politik“. Der Kreisvorsitzende Ulrich Brinckmann, Geschäftsführerin Nikola Galla und Geschäftsführer Axel Lohmann (zuständig für die

standes in Berlin angekommen sind. „Es ist nicht so, dass ihr nicht gehört werdet.“

Axel Lohmann berichtet, dass Agrarsubventionen hauptsächlich dazu dienen, Lebensmittel mit hohen Standards zu aktuellen Preisen anzubieten. Ohne diese Subventionen wären Lebensmittel viel zu teuer.

Ich kritisiere auch die Diskrepanz zwischen Wert und Marktpreis sowie die Marktmacht und Preispolitik der großen Supermarktketten, der Big Four\*.

Ohnehin war ich mir mit den Bäuerinnen und Bauern in vielen Punkten einig. So zum Beispiel darin, dass die vielen kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe im Märkischen Kreis besonders gestärkt werden müssen – und dass dabei regionale Unterschiede zu berücksichtigen sind. Gerade unsere heimische Landwirtschaft will eine extensive Landwirtschaft und

zeichnet sich hier positiv aus. Sie braucht Planungssicherheit und klare Strukturen. Deshalb ist es so wichtig, dass hier ein echter Dialog entsteht, an dem alle Landwirtinnen und Landwirte ganz klar beteiligt werden müssen, um Perspektiven für die Landwirtschaft zu schaffen. Wir als SPD-Bundestagsfraktion haben dazu einen Entschließungsantrag auf den Weg gebracht und werden im Sommer erneut in einen intensiven Dialog mit der Landwirtschaft eintreten. Ich hoffe sehr, dass wir die gute Zusammenarbeit wie in der Vergangenheit mit der Borchert-Kommission im Sinne unserer Landwirtschaft, des Umwelt- und Tierschutzes weiter voranbringen und modernisieren können. Auch in meinem Wahlkreis werde ich mit den Bäuerinnen und Bauern im Gespräch bleiben.

\* Als Big Four werden Edeka, Rewe, Aldi und die Schwarz-Gruppe (mit Lidl und Kaufland) bezeichnet.



landwirtschaftliche Beratung) waren anwesend. Dr. Christina Große-Frericks, Hendrick Vedder und Barbara Kruse waren ebenfalls per Video zugeschaltet.

Bereits kurz vor der Großdemonstration der Bäuerinnen und Bauern in Berlin hatte ich mich per Videokonferenz mit dem Kreisverband ausgetauscht. Im persönlichen Gespräch habe ich mir die Sorgen und Forderungen noch einmal angehört: „Wir Landwirte sind elementar wichtig: Ohne uns gäbe es keine Lebensmittel mehr im Land, die nach diesen hohen deutschen Standards produziert werden. Kein anderes Land produziert so hochwertig wie wir. Wir sind aber auch Landschaftspfleger und Identitätsstifter im ländlichen Raum“, berichtete mir Christina Große-Frericks. Ich versicherte ihr, dass die Dringlichkeit der Forderungen und die enorme Bedeutung des Berufs-

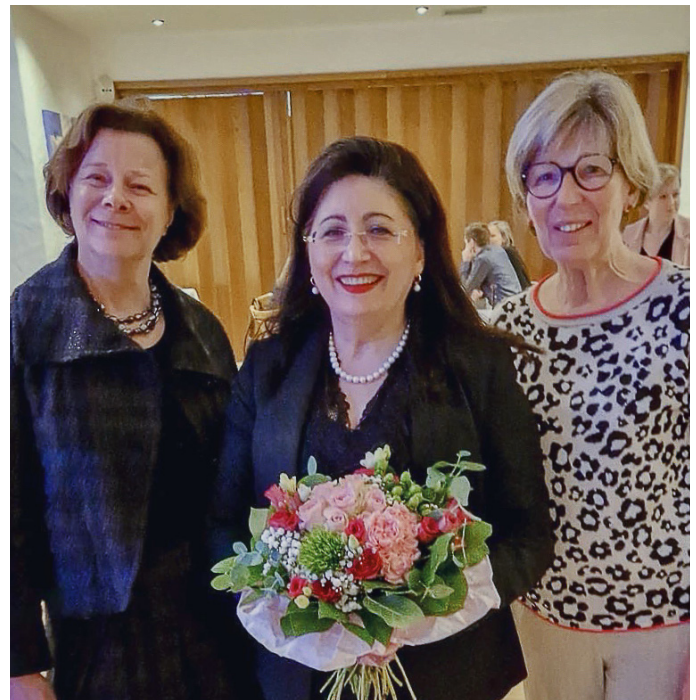
# Ernüchternde Zahlen: Kinderarmut in Deutschland

Die Daten des Statistischen Bundesamtes für 2022 zeigen einen unhaltbaren Zustand: In Deutschland ist etwa ein Viertel aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen und dem Bildungsniveau der Eltern. Deutschland gehört auch im EU-weiten Vergleich zu den Ländern mit einem höheren Armutsrisiko für Kinder und Jugendliche. In Deutschland sind nur geringfügig weniger junge Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht als im Durchschnitt der EU-Mitgliedsländer (24,8 Prozent). Mit 24 Prozent belegt Deutschland den 20. Platz von 28 Ländern.

Ich habe bei der Frauenorganisation Inner Wheel Club in Meinerzhagen über Armut bei Kindern und Jugendlichen und die Auswirkungen auf ihre Entwicklung und unsere Gesellschaft berichtet. Armut kann zur Ausgrenzung führen, die geistige und körperliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigen und Krankheiten verursachen. Wenn Kinder und Jugendliche ihr Potenzial nicht ausschöpfen können, verliert auch die Gesellschaft, da ihnen Bildungs- und Aufstiegschancen verwehrt bleiben.

Die gute Nachricht ist: Wir haben erkannt, dass wir etwas tun müssen, und die Bundesregierung und wir als Abgeordnete setzen uns stark dafür ein, Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen. Mit der Kindergrundsicherung, dem Bürgergeld für Familien, dem Startchancenprogramm, für das Bund und Länder 20 Milliarden Euro bereitstellen, und mit der Wohngeldreform werden die Bedingungen für die 3 Millionen Kinder in Deutschland, die bislang in Armut leben, verbessert.

Die neue Kindergrundsicherung soll Kinder schneller, einfacher und direkter vor Armut schützen und gleiche Chancen schaffen. Sie ist die umfassendste sozialpolitische Reform seit Jahren und der Einstieg in eine wirksame Armutsbekämpfung. Eigentlich sollte die Kindergrundsicherung fast unter Dach und Fach sein. Seit Monaten arbeiten wir an einem Änderungsantrag, da die Zustimmung im Bundestag und Bundesrat noch aussteht und der Bundesrat Korrekturen gefordert hatte.



Zusammen mit Clubmeisterin Dorothea Kondoch (li.) und Präsidentin Gudrun Domke (r.)

Vielen Dank an die Clubmeisterin Dorothea Kondoch und die Präsidentin Gudrun Domke sowie an Herrn Flühs, den Präsidenten der Rotarier, für den freundlichen Empfang und den gelungenen Abend! Ich freue mich darüber, dass ich direkt zu einer weiteren Veranstaltung eingeladen wurde.

# Stärkung der Regionen und Abbau von Ungleichheiten

Die Südwestfalenkonferenz mit dem Thema „Ungleiches Deutschland – Wie zukunftsfähig ist unsere Region?“ fand dieses Mal in Arnsberg statt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) veranstaltete die Konferenz und präsentierte

Deutschland ist ein Land mit sozialen und räumlichen Ungleichheiten. Der Disparitätenbericht 2023 der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt auf, inwieweit sich regionale Unterschiede in den letzten Jahren verfestigt oder verändert haben. Zunächst wurden die aktuellen Zahlen und

Analysen der Studie vorgestellt. Zur Stärkung der Regionen und zum Abbau von Ungleichheiten wurden Handlungsempfehlungen für die Politik formuliert. In den sich anschließenden Foren haben wir Lösungsansätze für die Region Südwestfalen erarbeitet.

Ich war im Forum für die Migration zuständig und bedanke mich herzlich bei allen Teilnehmern, insbesondere bei Frau Prof. Nonnenmacher, der Prorektorin der Universität Siegen, Frau Hardt-

Cerff, der Projektmanagerin der Südwestfalenagentur, und Harald Görnig, dem Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Südwestfalen. Wir waren uns einig: Der Dialog über Migration auch als Möglichkeit zur Stärkung unseres Standorts in Südwestfalen sollte fortgesetzt und vertieft werden.

Auf der Internetseite der FES ist der Bericht nachzulesen und steht zum [Download als PDF-Datei](#) bereit.



Zusammen mit Nicole Reschke (Bürgermeisterin in Freudenberg), Willi Brase (MdB a.D.), Luiza Licina-Bode (MdB), Andreas Müller (Landrat Siegen-Wittgenstein), Karl-Ludwig Völkel (ehem. Unterbezirksvorsitzender Siegen-Wittgenstein); v.l.n. r.

den dritten sozioökonomischen Disparitätenbericht mit Fokus auf Südwestfalen. Zahlreiche Vertreter aus Wirtschaft, kommunalen Verwaltungen, Bürgerinnen und Bürger sowie politische Akteure aller Ebenen waren anwesend. Was kann getan werden, um die Kommunen zu stärken, die Daseinsvorsorge zu sichern, die Energiewende für eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu nutzen und dem demografischen Wandel zu begegnen? Wir haben gemeinsam Perspektiven diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht.

# Leben und lachen, sterben und trauern

**G**estern besuchte ich das älteste Kinderhospiz Deutschlands. „Balthasar“ wurde vor fast 36 Jahren eröffnet. Gelegen auf dem Kimicker Berg mit herrlichem Blick auf die Kreisstadt Olpe, traf ich mich dort mit dem Einrichtungsleiter Roland Penz und der stellvertretenden Einrichtungsleiterin Rebecca Kranz zu einem Informationsaustausch.

Der Alltag mit einem unheilbar erkrankten Kind ist für Eltern und Familien oft eine große Belastung. Im Kinderhospiz finden sie Unterstützung für einige Tage oder Wochen – und am Ende auch auf Wunsch Sterbebegleitung.

Wenn ein Kind unheilbar krank ist, ändert sich alles. Das Familiengefüge gerät aus dem Gleichgewicht, die Paarbeziehung wird auf die Probe gestellt und Geschwisterkinder werden früh mit dem Thema Tod und Trauer konfrontiert. Die Pflege und Betreuung des unheilbar kranken Kindes steht im Vordergrund, alles andere tritt zwangsläufig in den Hintergrund. Damit die erkrankten Kinder und Jugendlichen und die ganze Familie auf diesem schweren Weg nicht allein sind, ist es von unschätzbare Bedeutung, dass sie ab der Diagnose gemeinsam mit ihren Eltern und Geschwister begleitet werden. Im Kinderhospiz erleben sie viele gemeinsame Momente, die auch in der schweren Zeit des Abschiednehmens Kraft und Halt geben.

Es hat mich auch sehr gefreut zu hören, dass das Kinderhospiz Balthasar derzeit keine Probleme mit dem Fachkräftemangel hat – ganz wichtig für die so bedeutende Arbeit des Kinderhospizes und die Zuwendung zu den Kindern und Familien.

Es wurde bemängelt, dass viele Familien bei der Erstdiagnose einer unheilbaren Erkrankung ihres Kindes keine spezialisierte Anlaufstelle für Verordnungen bei den zuständigen Krankenkassen haben und bei einem Wechsel des Sachbearbeiters ihren speziellen



Krankheitsfall und die Bedürfnisse ihres schwerstbehinderten und lebensverkürzt erkrankten Kindes erneut aufrollen müssen. Ich werde dieses Anliegen mit in den Bundestag nehmen. Möglicherweise könnte analog zur Unabhängigen Ergänzenden Teilhabeberatung (EUTB) eine Struktur speziell für Kinder mit Behinderung bzw. besonderen Bedürfnissen geschaffen bzw. in die EUTB integriert werden.

Das Kinderhospiz Balthasar ist auf Spenden angewiesen. Wer diese wertvolle Arbeit unterstützen möchte, kann dies auf der [Balthasar-Internetseite](#)

# KfW unterstützt unsere Region tatkräftig



Symbolfoto Wärmepumpe. AdobeStock\_477978525

**D**ie KfW hat im Jahr 2023 insgesamt 166 Millionen Euro an Fördermitteln in den Märkischen Kreis und 86,2 Millionen Euro in Kreis Olpe investiert. Damit unterstützt sie die deutsche Industrie, die kommunale und soziale Infrastruktur, die Bildung und die Energiewende.

Stolz bin ich auf die 20,3 Millionen Euro, die direkt an private Haushalte im Kreis Olpe geflossen sind, um Projekte in den Bereichen Wohnen und Leben, Bildung sowie für Energieeffizienz und erneuerbare Energie zu unterstützen. Im Märkischen Kreis waren es sogar 48,6 Millionen Euro. Das ist eine tolle Nachricht für unsere Zukunft!

Ein großer Teil der Fördermittel ging an kleine und mittlere Unternehmen, die in Innovationen, Investitionen, Gründung sowie Energieeffizienz, Umwelt und Nachhaltigkeit investiert haben. Allein im ERP-För-

derkredit wurden für den Märkischen Kreis 48,2 Millionen Euro zugesagt, insgesamt investiert die KfW über die Mittelstandsbank im MK sogar 74 Millionen Euro. Im Kreis Olpe wurden insgesamt 61 Millionen Euro an Fördermitteln über die Mittelstandsbank zugesagt. Damit stärkt die KfW die Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Auch die kommunale und soziale Infrastruktur profitierte von der KfW-Förderung. Mit 43,4 Millionen Euro wurden im Märkischen Kreis Projekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur, Sport und Mobilität gefördert, im Kreis Olpe waren es 4,9 Millionen Euro. Damit verbessert die KfW die Lebensqualität und die soziale Teilhabe in unserer Region.

Ich bin sehr froh über dieses Ergebnis und setze mich weiterhin dafür ein, dass die KfW unsere Region unterstützt.

# Kinder und Jugendliche in Krisenzeiten stärken

**B**eim traditionellen Neujahrsgespräch von UNICEF Deutschland unter der Schirmherrschaft unserer „First Lady“ Elke Bündenbender im Schloss Bellevue war auch ich als Kindergesundheitspolitikerin eingeladen und konnte mit Vertretern von UNICEF ins Gespräch kommen. Wie können wir gerade Kinder und Jugendliche in Krisenzeiten stärken?

Millionen junger Menschen leiden unter den Folgen von Krieg und Flucht. Ob in der Ukraine, in Palästina, im Sudan, im Jemen oder im Kongo: Es wächst eine junge Generation heran, die mit Gewalt, Angst und Vertreibung zurechtkommen muss.

Als Kinder- und Jugendärztin sind mir dabei die gesundheitlichen Aspekte besonders wichtig. Gerade hier tut UNICEF viel: beim Zugang zu Nahrung und Trinkwasser, bei der Unterbringung und Gesundheitsversorgung, bei Impfungen, zum Beispiel gegen Malaria, und vielem mehr.

Doch auch in Deutschland gibt es viel zu tun. Denn Unterkünfte für geflüchtete Menschen in Deutschland sind keine kinderfreundlichen Orte. Dennoch verbringen tausende geflüchtete Kinder und Jugendliche, die mit ihren Familien nach Deutschland gekommen sind, viele Monate oder sogar Jahre dort. Das schränkt ihre Rechte massiv ein und führt dazu, dass sie ihre Potenziale in Deutschland nicht entfalten können. Zu diesem Ergebnis kommt auch eine von UNICEF veröffentlichte Studie, in der betroffene Kinder zu den Bedingungen in den Unterkünften befragt wurden. Sie trägt den Titel „Das ist nicht das Leben.“ – ein Zitat eines befragten 15-jährigen Mädchens. Die Studie kann hier nachgelesen werden.

Auf der [UNICEF-Internetseite](#) könnte ihr die UN-Organisation für Kinderrechte und Kinderhilfe unterstützen.



Schloss Bellevue, Eingangsbereich



Mit SPD-Kollegin Sarah Lahrkamp

# Primusschule zu Besuch im Deutschen Bundestag

**E**nde Februar waren 55 Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Primusschule zu Besuch im Deutschen Bundestag. Nach einer kurzen Einführung wurden sehr viele Fragen zu den Themen Landwirtschaft, Energie, Klima und zur aktuellen Situation in der Ukraine gestellt. Daneben gab es wie immer auch die Frage, was eine

Abgeordnete so macht und wie viel im Monat verdient wird. Am Ende stand als Highlight der Besuch der Reichstagskuppel auf dem Programm.

Liebe Primusschule, ich habe mich sehr über Euren Besuch gefreut und freue mich schon auf meinen Gegenbesuch in Schalksmühle!



# Für den Bundestag in Marokko

Es war mir eine große Ehre, bei der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM) in Rabat, Marokko, den Deutschen Bundestag vertreten zu dürfen. Die Union für den Mittelmeerraum (UfM) setzt sich aus den Mitgliedsstaaten der EU und 16 Partnerstaaten aus der Mittelmeerregion zusammen. Es ist Ziel der UfM, die wirtschaftliche Entwicklung und die Stabilität der Region zu stärken. Die PV-UfM begleitet die zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Rahmen der Union für den Mittelmeerraum mit Abgeordneten parlamentarisch. Einmal im Jahr findet die Versammlung in dem Land statt, das aktuell die Präsidentschaft innehat.

Ich habe an der Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Wasser sowie am Wirtschaftsausschuss teilgenommen. Am Rande der Sitzung hatte ich noch die Möglichkeit, mich mit meinem Kollegen aus Portugal, Bruno Coimbra auszutauschen. Er ist der Vorsitzende des Ausschusses, wird aber leider nicht erneut antreten. Danke für die gute Zusammenarbeit! Themen waren unter anderen die Auswirkungen des Ukrainekrieges und des Krieges in Palästina, aber auch der notwendige Schwerpunkt auf Bildung, Klimakrise, Frauenrechte sowie Gesundheitsresilienz. Wir haben aber auch darüber gesprochen, wie wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten der Union für den Mittelmeerraum stärken können. Weitere Themen waren die Lebensmittelsicherheit und die nachhaltige Entwicklung in der Region.



Mit Bruno Coimbra



Mit v. l. n. r. Herr Spielvogel und Frau Delfs (Bundestagsverwaltung), Herr Hössl (Bundestag), Frau Weil und Herr Klinghammer (Dolmetscher).



Mit dem luxemburgischen Kollegen

# Brauer-Bund im Bundestag

In der vergangenen Sitzungswoche gab es Besuch aus der Heimat. Der Deutsche Brauer-Bund hatte zum parlamentarischen Frühstück eingeladen und als Sauerländerin war das für mich natürlich ein Pflichttermin!

Bier ist ein deutsches Kulturgut und von der UNESCO als immaterielles Weltkulturerbe eingestuft und gerade in unserer Region gibt es viele Menschen, die das Brauhandwerk mit Leidenschaft und Stolz ausüben. Mit dem Präsidenten des Deutschen Brauer-Bundes, Christian Weber, und weiteren Vertretern der Branche, darunter der Kommunikationschef der Krombacher Brauerei, Peter Lemm, tauschten wir uns offen über aktuelle Themen aus.

Diese reichten von den in den letzten Jahren gestiegenen Produktions- und Energiekosten über die Bürokratie bis hin zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Ich freue mich, dass wir uns als SPD auf den Weg gemacht haben, unnötige bürokratische Hürden abzubauen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die hiesigen Unternehmen mehr Planungssicherheit für ihre Investitionen am Standort

Deutschland bekommen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das so genannte Wachstumschancengesetz, das Anreize für eine nachhaltige Produktion in Verbindung mit Steuererleichterungen schaffen soll. Leider wird dieses wichtige Gesetz derzeit aus machtpolitischen Gründen von der Union im Bundesrat blockiert – damit versündigen sich die Konservativen nicht zuletzt an unseren heimischen Unternehmen.

Besonders interessant war die Vorstellung der weiteren Strategien der Brauer, die ihren Umsatz längst nicht mehr nur mit dem klassischen Pils machen, sondern eine breite Produktpalette anbieten, erfreulicherweise auch immer mehr alkoholfreie Getränke. Das ist für mich als Gesundheitspolitikerin mit dem Schwerpunkt Prävention sehr wichtig. Der Brauerbund hat sich auch offen gezeigt, Kampagnen wie „Don't drink and drive“ weiterzuführen.

Wir haben vereinbart, weiter im Gespräch zu bleiben. Ich selbst habe bereits einen Termin mit der Krombacher Brauerei vereinbart, in der auch viele Menschen aus meinem Wahlkreis arbeiten. Nähere Informationen und eine Einladung werdet ihr zeitnah erhalten.





# Interview

geführt von Lucas Lypp (Wochenzeitung „Das Parlament“)  
mit Nezahat Baradari (SPD), Leiterin der deutschen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung für  
das Mittelmeer (PV UfM)  
im Nachgang zur 17. Jahrestagung der PV UfM am 15. und 16. Februar 2024 in Rabat/Marokko

Das Interview im Wortlaut:

**Frau Baradari, 2023 ist die Jahrestagung aus organisatorischen Gründen ausgefallen, in den Vorjahren gab die Einschränkungen wegen der Pandemie. Wie fühlte sich das an, nach so langer Zeit wieder zusammenzukommen?**

Ich habe mich sehr gefreut, dass das Treffen in Rabat in Präsenz nun stattfinden konnte. Den direkten, persönlichen Austausch, die persönliche Vernetzung darf man nicht vernachlässigen. Da war die Corona-Pandemie äußerst hinderlich. Das marokkanische Parlament war ein sehr guter Gastgeber, die Organisation vorbildlich. Sie haben einen würdigen Rahmen geschaffen, der zum Gelingen der Konferenz beigetragen hat.

**Im Ausschuss für Energie, Umwelt und Wasser haben Sie sich dafür eingesetzt, dass die aktuellen Klimaschutzziele der COP 28 auch Arbeitsgrundlage der Mittelmeer-Parlamentarier werden. Ein Erfolg auf ganzer Linie?**

Das kann man so sagen. Wir haben von deutscher Seite unterstrichen, dass wir an den Pariser Klimazielen festhalten und auch die neuen Beschlüsse der COP in der Mittelmeerunion anwenden wollen. Von unseren Änderungsanträgen zu diesen Verschärfungen, beispielsweise im Bereich der Erneuerbaren Energien, konnten wir auch die anderen Mitgliedsländer der Versammlung überzeugen. Ich habe mich sehr dafür stark gemacht, dass wir die Klimaziele klar einhalten. Anträge, die diese Ziele verwässern wollten, wurden, auch auf meinen Einsatz hin, abgelehnt.

**Sind die südlichen Mittelmeeranrainer echte Partner bei Klimaschutz und Energieversorgung?**

Wir haben bei der Jahrestagung unsere Position unterstrichen, dass wir bei der Erreichung der Klima-

schutzziele sehr ambitioniert sind, dabei den Erneuerbaren eine Schlüsselrolle zukommen lassen wollen und fossile Brennstoffe wie Erdgas, das im östlichen Mittelmeer gefördert wird, nur als Brücke sehen in eine CO<sub>2</sub>-freie Zukunft. Wir haben klargemacht, dass die Energiepartnerschaft für uns nicht zuletzt auch eine sicherheitspolitische Dimension hat, die auf eine friedvolle Zusammenarbeit zielt.

**Wie sind Sie mit den Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf den Nahostkonflikt umgegangen?**

Ein äußerst heikles, hochpolitisches Thema. Wir haben es aus allen Perspektiven diskutiert. Am Ende gab es eine deutliche gemeinsame Erklärung, die terroristische Angriffe und Geiselnahmen klar verurteilt und gleichzeitig die humanitäre Notlage in Gaza anprangert. Unsere Gesprächspartner auf arabischer Seite haben das Massaker, das von der Hamas verübt wurde, klar anerkannt, wenngleich auch leider ohne die Nennung der Terrororganisation. Auf der anderen Seite sind Länder wie Ägypten oder Jordanien sehr empört über die humanitäre Katastrophe der Menschen in Gaza und haben den Angriff der israelischen Armee auf unschuldige Zivilisten scharf verurteilt und ein Ende der Angriffe gefordert. Wir haben in einer Schweigeminuten, in der wir der Opfer auf beiden Seiten des Konflikts gedacht. In der Abschlusserklärung von Rabat fordern wir Parlamentarier ein Ende der Gewalt, humanitäre Hilfe sowie eine neue Initiative für die Diplomatie, die zu einer Zweistaatenlösung für Israelis und Palästinenser führt.

**Auch der Krieg in der Ukraine hat die UfM-Parlamentarier – darunter Europäer, Araber, Türken, Palästinenser – beschäftigt. Kümmert sich die UfM-Versammlung als kleine, regionale Organisation zunehmend um die Sicherheit auf dem gesamten Kontinent?**



Die Versammlung hat das russische Vorgehen verurteilt, die Sanktionen gegen das Land bekräftigt, Solidarität mit der Ukraine bekundet und die Verletzung von deren Souveränität als rote Linie markiert. Die UfM umfasst tatsächlich einen großen und politisch wichtigen Raum auf der Weltkarte. Es handelt sich um die Mitgliedstaaten der EU einschließlich der anderen Mittelmeeranrainerstaaten. Bisher hat die Organisation leider nicht so stark im Fokus der Öffentlichkeit gestanden. Dabei hat sie ein sehr großes Potenzial. Auch in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Die UfM ist die einzige Organisation, in der sowohl Israel als auch Palästina Mitglieder sind. Die palästinensische Delegation war anwesend, die israelische leider nicht.

**Was kann die Mittelmeerunion sicherheitspolitisch in die Waagschale werfen? Medial führt sie eher ein Schattendasein, die Versammlung steht ohne Haushalt da, kann sich ihr Büro (Generalsekretär, Buchhaltung) in Rom nicht leisten...**

Die Arbeit der Versammlung wird in der Tat momentan finanziell und organisatorisch ganz von dem Parlament getragen, das aktuell die Präsidentschaft innehat. Gerade in Krisenzeiten wie jetzt eröffnet die Union für das Mittelmeer, mit ihrer breiten Palette an Themen der Zusammenarbeit, zusätzliche Möglichkeiten, einen zusätzlichen diplomatischen Strang, eine Plattform um an den Konflikten der Region, rund um Europa, Nordafrika und dem Nahen Osten zu arbeiten. Die Mitglieder der Versammlung pflegen ein seit Jahren erprobtes und konstruktives Miteinander, arbeiten in vier Fachausschüssen, auch über die Jahrestagung hinaus zusammen.

**Egal, ob Klimaschutz, Energiefragen, Konflikte oder Migration - allein der Mittelmeerraum ist voller Herausforderungen. Wie könnte die PV UfM demgegenüber zu einem sichtbareren und glaubwürdigeren Akteur werden, der das alles in Angriff nimmt?**

Die Versammlung ist lebendig, es passiert viel. Bei den Mittelmeeranrainern ist das Bewusstsein für die gemeinsamen Probleme und die Notwendigkeit für gemeinsames Handeln bereits reichlich vorhanden. Ich wünschte mir auf europäischer Seite, von der Öff-

fentlichkeit bis hin zum Europäischen Parlament, ein größeres Engagement für die Versammlung der Mittelmeerunion. Vor allem beim Europaparlament muss die PV UfM den ihr entsprechenden Stellenwert und als diplomatische Bereicherung gesehen werden. Die Mittelmeerunion und ihre Versammlung ist ein Schatz, der gehoben werden muss. Wir brauchen mehr Aufmerksamkeit und mehr Engagement.

**Was kann der Bundestag dafür tun?**

Als deutsche Abgeordnete haben wir drei Plätze in der Versammlung, in den Ausschüssen. Die damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten sollten wir, wie bisher auch, wahrnehmen. Wenn zeitgleich Sitzungswochen in Berlin sind, ist das schwierig. Aber es gibt rund ums Jahr Ausschusssitzungen in verschiedenen Mitgliedsländern. Da sollten wir, wenn immer möglich, teilnehmen, unsere Ideen und Interessen einbringen, an der Vernetzung arbeiten. Nur so können wir dann auch dort politischen Raum einnehmen, im deutschen Interesse.

**Worin liegt für Deutschland der Mehrwert der Parlamentarischen Versammlung der Mittelmeerunion?**

Es liegt in unserem ureigenen Interesse, dort mitzuarbeiten. Die Versammlung bietet ein wertvolles Forum für den Austausch. Wir werden in der Zusammenarbeit mit der Region Nordafrikas einen Teil unserer Probleme als energieabhängiges Land lösen. Wir sollten mit den dortigen Ländern aber auch beim Austausch von Fach- und Arbeitskräften zusammenarbeiten, bei der Steuerung der Migration. Insgesamt ist es für Deutschland als größte Volkswirtschaft Europas von Interesse, die Wirtschaftsbeziehungen zu dem Raum, zu Ländern wie Marokko, auszubauen. Die PV UfM bietet den Rahmen für eine gute strategische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Partnerschaft. Ich wünsche mir daher einen stärkeren Fokus auf die PV UfM. Wir müssen nun auch deren Finanzierung auf die Beine stellen, dafür werde ich mich auch weiterhin einsetzen.

(11/23.02.2024)